

An der kurzen Debatte beteiligen sich die Genossen:
F.-Braunschweig, Th.-Besetzte Zone, Sch.-Eisenach, A.-Hamburg und G.-W'haven, die sich mit den Details des Kassenberichts beschäftigen.

Ein Schlußantrag G.-Berlin wird mit 21 gegen 11

Stimmen angenommen.

R.-Berlin: Wir kommen dann zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß folgender Antrag Berlins in den Abänderungsanträgen der weitest gehende ist, der besagt:

"Den organisatorischen Aufbau der Partei in der alten Form gemäß des Organisationsstatuts beizubehalten."

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Das alte Organisationsstatut ist mit 22 gegen 13 Stimmen
angenommen.

Zur Abstimmung über den Antrag Niedersachsen wird beantragt, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Die Abstimmung über die Resolution Niedersachsen ergibt:

Absatz 1:	angenommen	gegen 1 Stimme
" 2	"	" 5 Stimmen
" 3	"	einstimmig
" 4	"	"
" 5	"	Bezirk Nord enthält sich.
" 6	"	einstimmig
" 7	"	"

Die Unterstützungskommission verlangt, daß jetzt noch folgender Antrag von ihr zur Abstimmung gelangt:

Die beiden Anträge Berlin:

"Als Vorort gilt weiterhin Berlin",
und

"Da wir keine 'Führerpartei' im üblichen Sinne des Wortes sind, werden die Genossen in allen Wirtschaftsbezirken verpflichtet, jede absichtliche und unnütze Propaganda mit Namen sehr bekannter Genossen, lediglich um des zugkräftigen Namens willen, zu unterlassen."

werden gegen 1 Stimme angenommen.

R.-Berlin: Damit kommen wir zum

6. Punkt der Tagesordnung:

W a h l e n .

Zu wählen sind die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, und zwar 3 besoldete, und 4 unbesoldete. Die Letzteren aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken. Ferner haben wir die Unterstützungskommission zu wählen.

v.G.-Berlin: Die Fraktion der Berliner Delegation schlägt Ihnen vor für die besoldeten Posten die Genossen R., E. und Schw.

Der Parteitag wählt diese Genossen einstimmig.

Wir kommen dann zur Wahl der 4 unbesoldeten Mitglieder. Sie wären aus verschiedenen Bezirken zu wählen.

K.-Hamburg: Wir verzichten auf ein Mandat; wir schlagen den Genossen Sch.-Eisenach vor.

R.-Berlin: Wir können nur solche Leute wählen, die auf dem Boden unserer Partei stehen.

Sch.-Eisenach: Davon ist nicht abhängig meine Stellung zu den theoretischen Fragen.

Th.-Bes.-Zone: Dann ist die ganze Arbeit im Hauptausschuß unmöglich.

H.-Hamburg: Die anwesenden 6 Delegierten können einen Vertreter Laufenberg-Wolffheim in den Zentralausschuß entsenden. Ich frage deshalb an, ob der Parteitag gewillt ist, diesen 6 Delegierten diesen einen Vertreter zu gewähren. Tut er das nicht, erklären wir, daß sich die Mitgliedschaften als nicht zur Partei gehörig betrachten.

R.-Berlin: Die K.A.P.D. kennt keine Richtung Laufenberg-Wolffheim. Sie hat diejenigen, die theoretisch auf dem Standpunkt dieser beiden Genossen stehen, als außerhalb der Partei stehend angesehen. Damit ist die Angelegenheit erledigt. Es sind also vorgeschlagen und haben angenommen:

Sch.-Eisenach,
R.-Dresden, (Vertreter H.-Dresden)
M.-Braunschweig, (Vertreter G.-Hannover)
W.-Elberfeld, und
H.-Leipzig.

Der Vorschlag Sch.-Eisenach wird mit 27 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Darauf werden die übrigen 4 Genossen en bloc gewählt.

Kr.-Hamburg: erklärt, daß sich der Bezirk Nord der Stimme enthält.

Ah.-Hamburg: Wie die Abstimmung gewesen ist, ist es möglich gewesen, daß nur eine Fraktion in den Ausschuß gekommen ist. (Zuruf: Sabotage!)

Th.-Bes.-Zone: Mir ist mitgeteilt worden, daß der Genosse A. die Absicht hätte, die Verhandlungen aufzuhalten. Ich bitte die Hamburger im Interesse ihres eigenen Ansehens, diese Provokationen des Parteitages zu unterlassen.

R.-Berlin: Wir kommen dann zur Wahl der Unterstützungskommission.

Sch.-Eisenach: beantragt, daß die Berliner Delegierten

die Kommission selber wählen.

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Das Gehalt der drei besoldeten Mitglieder des Hauptausschusses wird mit 20 gegen 10 Stimmen auf M 1600.-- festgesetzt. Bezirk Nordwest enthält sich der Stimme.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

R.-Berlin: Inzwischen kann ich Ihnen den von der niedergesetzten Kommission verfaßten Aufruf verlesen. Er lautet:

Aufruf an das Proletariat Deutschlands!

Arbeiter! Klassengenossen! Den wütenden zusammengefaßten Angriffen des Weltkapitals und seiner Helfershelfer gegen Sowjetrußland ist durch die vernichtende Niederlage Polens durch das siegreiche Vordringen der Roten Armee auf Indien zu und am Schwarzen Meer die Spitze abgebrochen. Die nächste Auswirkung des Vernichtungswillens des Weltkapitals ist die systematische Organisation des weißen Schreckens. In Ungarn und Polen, in Amerika und Indien rast die Bestie des weißen Terrors.- In Deutschland findet dieser Vernichtungswillen im Entwaffnungsgesetz seinen Niederschlag. Das Entwaffnungsgesetz bedeutet die gesetzliche Festlegung des weißen Terrors, auf Befehl des Ententekapitals, mit Einverständnis, d.H.) der deutschen Bourgeoisie, um das revolutionäre Proletariat niederknüppeln zu können. Nur revolutionäre Arbeiter, nicht Bourgeois werden die Stacheln dieses Ausnahmegesetzes zu spüren haben.

Läßt euch nicht betören von denen, die euch glauben machen wollen, die Entwaffnung der Reaktion müsse der Entwaffnung des Proletariats voraufgehen, denn die Entwaffnung der Revolution kann nur das Werk der Revolution sein. Darum muß die Parole lauten: Arbeiter, liefert euch nicht kampflös der Reaktion aus!

Das Weltkapital bereitet sich vor auf den Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit, trifft die Vorbereitungen zur restlosen Vernichtung des revolutionären Denkens und Willens. Über allem steht als flammendes drohendes Zeichen für das Proletariat die Worte des Kommunistischen Manifestes: "Entweder Kommunismus oder Untergang in Barbarei"

Auf uns Proletarier Deutschlands sind die Blicke der russischen Brüder, sind die Blicke der Proletarier aller Länder gerichtet. Deutschland ist das stärkste Bollwerk der

Weltreaktion und damit der Schlüssel zur Weltrevolution.
Seien wir uns unserer weltgeschichtlichen Aufgabe bewußt! -

Der Versailler Friedensvertrag, Spa, Entwaffnungsgesetz und anderes sind nur die Vorbereitungen zum entscheidenden Schlag gegen das Proletariat. Das erkennen, heißt die Aufgabe des Proletariats in diesem Augenblick begreifen. Enger und drückender zieht das Kapital die Schlinge um den Hals des Proletariats. Zerreißen wir sie, ehe sie uns erwürgt!

Nicht Protestversammlungen und Resolutionen, die Tat ist das Gebot der Stunde! Hinweg mit Kompromissen und Verhandlungstaktik! Hinweg mit theoretischen Haarspaltereien. Es gibt keine Verständigung. Kampf lautet die Parole. Los von den Banden der Lohnsklaverei.

Es gilt herauszutreten aus der Untätigkeit. Wir wollen nicht länger den Macht und Herrschaftsdünkel einer kleinen Clique von Besitzenden. Restlose Vernichtung der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsweise ist und muß sein das Ziel unseres Kampfes. Nur auf den Trümmern der alten Welt kann die neue werdende Welt des Kommunismus erstehen.

Die Stunde der Entscheidung naht. Kommt dem Vernichtungsschlage des Weltkapitals zuvor! Schließt einen Block mit den Pionieren der Weltrevolution. Kämpft Schulter an Schulter mit Euren Klassengenossen, nicht für die Interessen einer Partei, sondern für den Kommunismus, der nicht den Wünschen einer Partei, sondern den Interessen des Weltproletariats entspricht. Für die Diktatur des Proletariats! Für die komm.Internationale! Für das Rätesystem! Gegen Knechtschaft und Tyrannei! Vorwärts zur Menschheitsbefreiung! Es geht um die Zukunft der Arbeiterklasse. Auf zur Tat! Es lebe die Weltrevolution!

Der Aufruf ist gegen 4 Stimmen angenommen.

Ich erteile nunmehr das Wort zum

Referat über die Politische Lage

dem Genossen

Schw.-Berlin: Der Aufruf, den Sie soeben gebilligt haben, spricht ja eigentlich schon, wie die politische Lage ist. Die politische Lage kennzeichnet sich zur Zeit am besten

dadurch, wenn man sich klar macht, daß die Bourgeoisie in zwei einander widerstrebende Fraktionen gespalten ist. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im Lager der Entente. Es ist dies die eine Fraktion, zu der die Militaristen und Schwerindustriellen gehören, jene Fraktion, die bei uns die Reaktion bewaffnet, welche in Bayern für die Beibehaltung der Einwohnerwehren eintritt, nach Ungarn Führung nimmt und die in England die schwächere Fraktion und Polen kriegerische Unterstützung leisten will. Die führende Macht der Bourgeoisie, die den Kampf will, ist die französische Bourgeoisie und zwar deshalb, weil sie sich bedroht sieht von einem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, weil sie keine Zeit mehr hat, auf die friedlichen Methoden der englischen Fraktion zu warten. Die andere Richtung ist diejenige, die in England durch Lloyd George, in Deutschland durch die Demokraten vertreten wird. Es ist die Richtung, die da meint, mit dem auf der Tagesordnung stehenden Problem der Weltrevolution noch einmal mit Verhandlungen fertig werden zu können. Diejenige Fraktion, die zu derartigen Verhandlungen und Handelsmethoden noch Zeit hat, die also auch geführt ist von der englischen Bourgeoisie, die von dem Zusammenbruch der westeuropäischen Wirtschaft noch viel weniger bedroht ist. Man kann es wohl glauben, daß es unseren deutschen Mittelparteien ernst ist mit der neutralen Anwendung des Entwaffnungsgesetzes, daß sie ganz gerne möchte, nach beiden Seiten hin zu entwaffnen und sich an dem englischen Geschäft in Rußland zu beteiligen. Es muß aber klar sein, daß diese Fraktion auf die Dauer nicht siegen kann, und zwar deshalb nicht, weil sie keine Machtmittel in der Hand hat. Die materiellen Machtmittel sind in den Händen der extremen Rechten, während das Kampfmittel der Massenaktionen in den Händen der Arbeiterschaft liegt. So

wird diese Fraktion der Verhandlungen im Kampfe zwischen den wirklichen Mächten zerrieben. Die Unterstützung der reaktionären Fraktion hat sich hauptsächlich in Ungarn lokalisiert, in Bayern und Ostpreußen. Von Ungarn und Bayern aus wird man versuchen, einen reaktionären Block zu schaffen, der Deutschland zwischen sich erdrückt. Es ist dort das gerade Gegenteil zu unserer Situation, wo im Laufe der Zeit der Block geschaffen wird, der als revolutionärer Block zwischen sich den 3. reaktionären Vorposten, den polnischen Adel und die polnische Bourgeoisie, zerdrücken wird. Eins der Hauptgebiete muß notwendigerweise das Oberschlesische Gebiet sein; denn nur auf seiner Basis werden sich die wirtschaftlichen Kräfte finden lassen, die zu einer jeden Kriegsführung notwendig sind. Auf der anderen Seite, wo das Kohlengebiet des Westens liegt, muß man damit rechnen, daß die dortige Basis in die Hände der Reaktion fällt. Das heutige 12-Uhr Mittagsblatt bringt eine glaubhafte Nachricht, wonach die Polen Vorbereitungen zu Hilfe für Polen treffen und an der Grenze bereits große Massen von Eisenbahnern angesammelt haben, weil sie natürlich damit rechnen, daß in Deutschland ein Widerstand der Eisenbahner losbrechen wird, französische Truppen durch Deutschland zu transportieren. Diesen Widerstand werden sie zu brechen versuchen durch eigenes Personal. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß die durch ihre schwere Lage zu einem raschen Losschlagen gedrängte französische Bourgeoisie doch in der nächsten Zeit vordringen wird, und daß wir dann von Westen her den reaktionären Kampf ins Land getragen bekommen.

Unsere innere Lage ist demgegenüber konzentriert um die Frage des Entwaffnungsgesetzes. Ich möchte wünschen, daß wir noch Zeit haben werden, gegen das Gesetz ein großes Mannöver zu inszenieren, wenn wir auch damit rechnen müssen,

daß wir die Zeit dazu nicht mehr haben werden. Es wäre besser, wir hätten sie. Denn ich glaube nicht, daß unsere Organisationen für den wirtschaftlichen und militärischen Kampf soweit vorbereitet sind, daß sie den Kampf mit gutem Gewissen und mit klarer Zuversicht aufnehmen könnten. Es wäre, glaube ich, besser, wenn wir das Interesse auf die Entwaffnungsaktion konzentrieren könnten, und dann sehen würden, wo noch die Schwächen unserer Organisationen stecken, wo etwas auszubessern ist, daß wir in der Lage sind, die Massen der U.S.P. zu uns zu bringen. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, daß wir keine Phase vorübergehen lassen, um durch direkte Verbindung mit den Proletariern diesen klar zu machen, wie sie von ihren Instanzen der U.S.P. gehemmt und verraten werden. Wir wissen ja bereits im voraus, daß es so kommen wird und wir fesseln die Massen immer fester an unsere Parolen. Wenn wir an die Möglichkeit denken, daß uns die reaktionäre Aktion vom Westen her ins Land getragen wird, dann müssen wir uns noch einen Augenblick auf eine zweite Gefahr besinnen: auf die Gefahr eines nationalen Rausches und einer Betäubung, die unter Umständen dann durch das Land gehen wird. Wir können sicher sein, daß die Militärs alles versuchen werden. Die Politik, die in den reaktionären Zeitungen getrieben worden ist, war deutlich sichtbar eine Vorbereitung zu einem Bündnis mit Rußland gegen den Westen. Die Interessen der Militärs liegen ganz klar auf einer Linie, und die können sie nur durchführen, wenn ihnen ein Durcheinander der Gedanken bei uns gelingt, das die Massen in einen Krieg gemeinsam mit Rußland gegen den Westen zieht. und zwar unter der Führung reaktionärer Militärs. Diese realistische Gefahr ist es, die wir nicht unterschätzen dürfen. Deutschland besteht nicht nur aus Industriestädten. Auf dem platten Lande ist die natio-

nale Ideologie noch tief eingewurzelt. Es werden die Freiwilligen vom platten Lande herbeiströmen. Auf diese Gefahr müssen wir vorbereitet sein und verhindern, daß diese Situation von der alten herrschenden Kaste ausgenutzt wird, um sich wieder in den Sattel zu setzen. Die Hamburger Politik trägt in der gefährlichsten Weise dazu bei, diese reaktionäre Politik zu unterstützen.

Es besteht die Tatsache, daß verzettelte Aktionen eine der schwersten Gefahren für das Proletariat sind. Es ist der Grundsatz der Militärs von je her gewesen, die Truppe, die einzeln marschiert, niederzuschlagen, bevor sich die Heere sammeln. Diese Theorie ist unserer Reaktion in Fleisch und Blut übergegangen und es ist klar, daß sie danach handeln wird. Die Parolen für den Zeitpunkt müssen also klar sein, damit der Feind nur auf die einheitliche Front stößt, und nirgendwo die Möglichkeit findet, der Reihe nach einzelne Gruppen aufs Haupt zu schlagen. Diese Frage des Zentralismus muß man nicht nur von dem Standpunkt betrachten wie bisher, sondern von diesem rein praktischen Standpunkt. Ich glaube, wenn wir in den kommenden Kämpfen nicht zu schnell und nicht zu langsam vorwärts marschieren, können wir zu einem ersten Ziele kommen. Möge uns der nächste Parteitag vorfinden in der noch viel schwereren Situation: in der wir uns das Erlangte zu bewahren haben. (Beifall)

D.-Ostproußen: ergänzt die Ausführungen durch die Schilderung der Zustände in Ostpreußen. Wie im ganzen Reiche, so erwarten auch dort die Arbeiter unmittelbar die Aktion. Auch in Gewerkschaftskreisen findet man heute die Ansicht, daß das Proletariat vor der letzten Aktion steht. Die Arbeiter sind entschlossen, sich gegen die Entwaffnung bis zum äußersten zu wehren.

Damit schließt die Diskussion.

Im

7. Punkt der Tagesordnung:

V e r s c h i e d e n e s

werden kleinere Anfragen und Mitteilungen aus den Bezirken erledigt.

R.-Berlin: Wir wären damit am Schluß des Parteitages angelangt. Ich möchte wünschen, daß Sie jetzt, wo Sie Berlin wieder verlassen, im Reiche nicht arbeiten für irgendwelche Dinge, die außerhalb des Rahmens der revolutionären Bewegung liegen, sondern für die Aktion des Proletariats! Die Berliner Organisation hat bisher unglaubliches im Interesse der Partei geleistet. Aber nun müssen auch die übrigen Bezirke ihre Pflicht tun, sonst bricht Berlin zusammen.

Der Parteitag hat einheitlich und fast einstimmig die nationalistischen Tendenzen abgelehnt, trotzdem die Genossen Laufenberg und Wolffheim in einem Schreiben an die amerikanischen Genossen einmal gesagt haben, die K.A.P.D. habe sich gebildet auf die Initiative dieser beiden Genossen infolge ihrer theoretischen Einstellung. Mit dem Beschlusse des Parteitages ist bewiesen: die K.A.P.D. steht geschlossen gegen diese Dinge und sie wird es sich nicht mehr gefallen lassen, von jenen sich ihre Organisation zerrütteln und zerstören zu lassen. Wir werden aufbauen und nicht in ein derartiges Chaos versinken. Unsere Pflicht ist es, Hand anzulegen und alle kleinen persönlichen Dinge außer acht zu lassen. Ich hoffe und wünsche, daß jetzt auch Hamburg und diejenigen Bezirke, die für die Auffassung Laufenbergs und Wolffheims gestimmt haben, sich der gefaßten Beschlüsse unterstellen werden, daß sie danach handeln und arbeiten werden. Ich hoffe

das im Interesse der revolutionären Bewegung.

Wenn Sie jetzt hinausgehen, versuchen Sie sofort die Fäden der Organisation enger zu spannen. Berichten Sie fortlaufend über das, was in den Bezirken vorgeht in organisatorischer und agitatorischer Beziehung, damit wir in der Lage sind, das auszunutzen im Interesse der Gesamtbewegung. Ich glaube, wenn Sie uns so unterstützen, werden wir auch in der Lage sein, für die Partei das zu erzielen, was im Interesse der Partei liegt.

Wir sind am Schluß unseres Parteitages. Reiche Arbeit haben wir geleistet. Mancher wird manchmal geglaubt haben: es ist zuviel. Vieles bleibt uns noch zu tun übrig. So werden wir zum Ziele kommen.

Es lebe (die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)
die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands!

Es lebe die proletarische deutsche Revolution!

Es lebe die internationale Weltrevolution!

Der Parteitag ist geschlossen.

----- 0000000 -----

Inhalts - Übersicht.

1. Verhandlungstag:

1. Referate:

Seite

- G.-Berlin (Arthur Goldstein): Nation und Klassenkampf. 6 - 22
L.-Hamburg (Heinrich Laufenberg): Korreferat..... 23 - 53

2. Diskussionen:

- Diskussion über Nation und Klassenkampf..... 55 - 62

3. Anträge:

a) Zur Geschäftsordnung

- Antrag Mitteldeutschl. zur Tagesordnung..... 5
" Hamburg-Berlin do. 5
" Mandatsprüfungskomm. auf Anerkennung der 3 Hamburger und 1 Mandat der Opposition 23
" Redezeitbeschränkung auf 15 Min. zum Thema Nation und Klassenkampf..... 53

b) Zur Sache

- Anträge zum Thema Nation und Klassenkampf..... 54 - 55

4. Leitsätze:

- Leitsätze G.-Berlin (A. Goldstein) zu Nation und Klassenkampf 20 - 22

5. Berichte:

- Mandatsprüfungskommission 22

6. Erklärungen:

- Erklärung des Frankfurter Vertreters 54

7. Begrüßungstelegramme:

- Begrüßungsschreiben Gorter, Holland 6
Telegramm der K.P. Deutsch-Österreich 6
Telegramm der Linkspartei Schwedens 53

2. Verhandlungstag:

1. Referate:

Seite

- Schr.-Berlin (Karl Schröder): Stellung zum Programm..... 100-120
J.-Berlin (Franz Jung): Stellung zur 3. Internationale.... 123-131

2. Diskussionen:

- Diskussion über Nation und Klassenkampf..... 55-93
(Fortsetzung)
Diskussion über die Notwendigkeit der Partei..... 98-100

3. Anträge:

a) Zur Geschäftsordnung

- Schlußantrag über Debatte Nat. und Klassenkampf..... 77
Antrag M.-Berlin: Verzichtleistung der Referenten auf die Schlußworte..... 88

- Antrag Mitteldeutschland auf Übergang zur Tagesordnung nach den Erklärungen zum Antrag M.D..... 98

- Antrag E.-Berlin auf Schluß der Debatte über die Notwendigkeit der Partei..... 100

- Antrag M.-Leipzig: Generaldebatte über das Programm abzulehnen..... 121

- Antrag Berlin: Überweisung der Anträge zum Programm an eine Kommission..... 122

b) Zur Sache

- Antrag Mitteldeutschland zu Nation u. Klassenkampf..... 83

4. Abstimmungen:

- Abstimmung über Nation und Klassenkampf..... 93

5. Erklärungen:

- Erklärung der Opposition Altona..... 63
Erklärung des Frankfurter Vertreters..... 63
Diverse Erklärungen nach Annahme des Antrages Mitteldtschld..... 93-98

3. Verhandlungstag:

1. Referate: Seite

K.-Berlin (Kuschewski): Partei und B.O..... 164-170

2. Diskussionen:

Diskussion über die Stellung zur Internationale..... 134-158

Diskussion über Partei und B.O..... 170-174

3. Anträge und Resolutionen:

a) Zur Geschäftsordnung:

Schlußantrag G.-Hannover über Debatte Internationale... 158

Redezeitbeschränkung auf 10 Minuten zur Frage
Partei und B.O..... 171

Schlußantrag über Debatte Partei u. B.O..... 174

Antrag M.-Berlin und Vertagung der 2.Nachmittags-
sitzung..... 176

b) Zur Sache:

Anträge und Resolutionen zur Internationale..... 142-146 u.159

Resolution Ih.-Berlin (Ihlau): zu Partei und B.O..... 171

4. Abstimmungen:

Abstimmung über die Internationale..... 162

Abstimmung über Partei und B.O..... 175

4. Verhandlungstag:

1. Referate: Seite

Schw.-Berlin (Alexander Schwab): Die politische Lage.... 193-197

2. Berichte:

Geschäftsberichte

a) Organisation..... 177-182

b) Kassenbericht..... 183-186

3. Anträge:

a) Zur Geschäftsordnung

Schlußantrag über Geschäftsberichtsdebatte..... 186

b) Zur Sache

Antrag E.-Berlin zur Organisation..... 186-187

Anträge zum Organisationsstatut..... 187

Antrag Niedersachsens zur Organisation..... 188

Antrag Berlin auf Beibehaltung des Statuts..... 188

Antrag Berlin zur Organisation..... 189

4. Wahlen:

Wahlen der Organisationsleitung..... 189-192

Aufruf an das deutsche Proletariat..... 192

-----000000000-----

Der Verlag beabsichtigt, ebenfalls die Protokolle der
a.o. Parteitage der KAPD in Gotha und Berlin herauszu-
geben.

Faint, illegible text at the top of the left page, possibly bleed-through from the reverse side.

ρ

1